

„Gute Arbeit –auch unter Krisenbedingungen“
9. Kongreß des DGB Bildungswerks Bayern für Bildungsreferenten/innen
Beilngries, 11. – 13. Mai 2009

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“

(Karl Marx: 11. Feuerbach-These)

Eröffnungsstatement
(Langfassung)

Heide Langguth
Stv. Vorsitzende des DGB Bayern

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen,

am Freitag letzter Woche musste ich an der Deutschen Richterakademie in Trier von Richtern der deutschen Landesarbeitsgerichte über den gesetzlichen Mindestlohn aus der Sicht des DGB referieren. Und damit es „ausgewogen“ war, kamen auch ein Professor der Universität Erlangen und ein Vertreter der Arbeitgeberverbände zu Wort.

An die Referate schloß sich eine lebhafte Diskussion an. Sie hat mich erschüttert, weil in ihr das Elend der deutschen Reflexionsfähigkeit in einem Ausmaß sichtbar wurde, dass ich geschockt war. Kein einziger Gedanke, kein einziger Beitrag, der über das Talkshow-Niveau einer Anne Will hinausging. Zwar zeigten sich Richter, Professoren, Beamte überrascht, wie viele unterschiedliche politische, soziale und ökonomische Aspekte in dem „Thema“ Mindestlohn steckten, waren aber derart positiv mit neoliberalen Interpretationsschemata identifiziert, dass sie in einem hilflosen „einerseits, andererseits“ gefangen blieben. Zum Beispiel: Als der Arbeitgeber-Vertreter von der ökonomischen Unvernunft eines gesetzlichen Mindestlohnes sprach, nickten fast alle. Als ich darauf hinwies, dass uns u.a. die sog. ökonomische Vernunft der Wirtschaftsweisen in die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise getrieben habe, nickten sie auch.

Am Nachmittag schaute ich mir noch die Altstadt von Trier und dabei das Karl-Marx-Geburtshaus an. In einem der ersten Säle stand auf einem großen Transparent „Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets die Ideen der herrschenden Klasse.“ Tja, mit diesem Zitat aus dem Kommunistischen Manifest von 1848 hat good old Charly meine vormittägliche Erfahrung auf den Punkt gebracht!

Wir haben die kulturelle Hegemonie in den letzten Jahren weitgehend verloren und deshalb müssen wir den Kampf um die Köpfe verstärkt führen. Die „geistig-moralische Wende“, die Helmut Kohl seinerzeit, 1983, mit seiner Kanzlerschaft ankündigte, ist inzwischen, auch dank der Hilfe von potenten Ideologieproduzenten, wie bspw. der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zusammen mit nahezu allen wichtigen Massenmedien, recht umfassend gelungen.

Aber es gibt nicht nur das kleine gallische Dorf, wo noch ein paar Aufrechte, Unbelehrbare und Verrückte versuchen, die alten Menschheitsideale von sozialer Gerechtigkeit und gutem Leben für alle zu verteidigen. Es gibt auch die Erfahrung „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch!“ (aus Patmos von Friedrich Hölderlin) und das macht uns Hoffnung auf Veränderung.

Um einmal ganz schnell ohne Anflugschleifen zu landen: gewerkschaftliche Bildungsarbeit muß in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen. Nicht die Einzige, das versteht sich von selbst.

Und dieser Bildungsreferentenkongreß soll wiederum seinen Teil dazu beitragen.

Neoliberales Gedankengut ist ja nicht nur bei „den andern“ vorhanden, sondern wenn wir die Umfragen betrachten, wer welche Partei derzeit wählen würde, dann sehen wir, dass das linke Lager abnimmt, zumindest stagniert, das konservativ-liberale Lager dagegen eher zunimmt. Wir dürfen wohl richtig liegen mit der Vermutung, dass auch in unseren eigenen Reihen, in unseren eigenen Köpfen sich neoliberale Gedanken breit gemacht haben. Auch von unseren Leuten können die Ursachen der Krise, können die Verursacher nicht immer erkannt und benannt werden; vielmehr findet häufig – tiefenpsychologisch gesprochen, eher eine Identifikation mit dem Aggressor statt. Hier gilt es also aufzuräumen und mithilfe der Bildungsarbeit auszumisten.

Welche Rolle dabei gewerkschaftliche Bildungsarbeit leisten kann, welche Zielgruppen sie - wieder oder endlich – erreichen, welche Instrumente sie nutzen muß, das wird sicherlich auch heute und in den nächsten Tagen einmal diskutiert werden. Ich will hier nicht die lange und nicht immer konstruktive Geschichte unserer Bildungsarbeit aufrollen, sondern nur ein paar Punkte ansprechen, die mir wichtig zu sein scheinen.

Als ich Mitte der 70iger Jahre mit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit in Niedersachsen mein Berufsleben begann, war dort gerade ein Bildungsurlaubsgesetz verabschiedet worden. Wir haben damals im Auftrag des DGB Niedersachsen Modellseminare für Arbeitnehmer/innen (VW Emden, ÖD, usw.) entwickelt und erprobt. Es war eine aufregende Zeit, denn wir konnten häufig die Nachfrage nicht decken, mussten immer mehr Teamer gewinnen und schulen. Damals haben wir versucht, theoretische und praktische Fragen miteinander zu verknüpfen, bspw. Geschichte und Theorien der Arbeiterbewegung mit der aktuellen Entwicklung. Auch bei der Vermittlung ließen wir uns einiges einfallen, von der gemeinsamen Entwicklung einer Betriebszeitung über eine Fotoausstellung bis hin zu Exkursionen, Befragungen. „Exemplarisches Lernen“ war ein Stichwort und „Wissen ist Macht“ ein anderes.

Inzwischen ist es schwerer geworden, die Kollegen/innen für theoretische und gesellschaftspolitische Seminare zu gewinnen, obwohl dies in der jetzigen Krise bitter nötig wäre.

Die Betriebsräteschulungen laufen im DGB BW trotz vieler gewerkschaftlicher und nicht gewerkschaftlicher Konkurrenzangebote noch gut. Hier wird das notwendige, immer komplizierter werdende Rüstzeug für die Gestaltung betrieblicher Gestaltungsmacht der Arbeitnehmervertretungen vermittelt. Das ist wichtig, das brauchen wir.

Wir brauchen aber auch theoretisches Rüstzeug, um die ebenfalls immer komplizierter werdenden weltweiten ökonomischen, politischen Prozesse zu analysieren, zu verstehen und um darauf gemeinsam Antworten zu finden. Das ist wichtig und das würden wir mehr brauchen. Aber die Angebote, die unser DGB-Bildungswerk dazu macht, werden oft nur von wenigen oder gar nicht angenommen. Deshalb haben wir im DGB Bildungswerk eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einmal die Gründe untersuchen soll.

Vielleicht sollten wir uns auch häufiger informieren, was andere machen, also über unseren jeweiligen Tellerrand hinausschauen, uns zwar sowohl über die jeweilige

„Gewerkschaftsgrenze“, die jeweiligen Landesbezirke hinweg als auch über die nationalen Grenzen.

Vor kurzem hat uns ein Kollege des ÖGB über deren gewerkschaftliche Bildungsarbeit berichtet. Es war hochinteressant, zu sehen, was sie wie wir machen und was sie anders machen. Etwas, was es bei uns so nicht gibt ist die sog. Gewerkschaftsschule. Da gehen „einfache“ Gewerkschaftsmitglieder (aus allen Gewerkschaften wohlgemerkt) und Arbeitnehmervertreter gemeinsam zwei Jahre lang ein bis zwei Mal wöchentlich auf Abendlehrgänge, nur unterbrochen durch Zeiten, in denen Schulferien sind. Inhaltliche Schwerpunkte dabei sind Arbeits- und Sozialrecht, Politik, Betriebs- und Volkswirtschaft, Rhetorik und Kommunikation, praktische Gewerkschaftsarbeit. Ergänzt werden diese Lehrgänge durch Exkursionen, kulturelle Kurse u.ä.m.

Hier wird ein integrierter ganzheitlicher Lehr- und Lernansatz versucht, den wir uns einmal genauer anschauen sollten, weil er nicht nur den vielfältigen Anforderungen gerecht wird, sondern auch den Menschen, die sich nicht nur auf einem Gebiet spezialisieren wollen.

Wir werden nämlich nur dann eine gewerkschaftliche Gegenöffentlichkeit schaffen können, wenn sich mehr als heute daran beteiligen und nur dann kann daraus auch eine gesellschaftliche Gegenmacht entstehen.

Kollegen, Kolleginnen,

Seit fast 20 Jahren wird in der Bundesrepublik, auch in Bayern, ein neoliberaler Kurs gefahren, der letztlich dazu führt, dass das Sozialgefüge unserer Gesellschaft aus den Fugen gerät.

Erklärender Einschub: ich verwende die Chiffre „neoliberal“, „Neoliberalismus“ als eine Art Abkürzung für komplexe theoretische, ökonomische und politische Prozesse, die aber hier aus Mangel an Zeit nicht ausgeführt werden können. Und noch einmal ganz kurz: sie zielt vor allem auf die Deregulierungen, Privatisierungen/Entstaatlichungen, Liberalisierungen in Wirtschaft und Politik der letzten Jahrzehnte.

Aus der Bankenkrise ist die weltweit schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise geworden, die nahezu alle Branchen und Wirtschaftsräume erfasst. Darunter auch Deutschland, Bayern, die als Exportweltmeister besonders betroffen sind, da ein großer Teil unserer Waren und Dienstleistungen ins Ausland gehen. Vielen Firmen brechen die Aufträge in großem Ausmaße weg, die Banken geben ihnen keine Kredite mehr, die Produktion wird zurückgefahren und das heißt: die deutsche, die bayerische Wirtschaft schrumpft. Die neusten Prognosen beziffern den Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung in diesem Jahr auf 5 % bis 6 % und evt. noch mehr.

Das Schlimmste steht uns als Arbeitnehmer/innen noch bevor: der mögliche Verlust von zigtausenden von Arbeitsplätzen.

Trotz sog. Bankenrettungsschirm erholt sich der Geldmarkt nicht, weil die „toxischen“ Papiere offenbar sehr viel höher sind als bisher bekannt.

816 Milliarden lautet die Zahl, die letzte Woche durch die Medien spukte. Eine Zahl, die sich kein normaler Mensch mehr vorstellen kann.

Was wir uns aber vorstellen können, ist, dass wir die Suppe auslöffeln sollen, die wir nicht bestellt haben und die uns mit Sicherheit nicht bekommt.

Wir spüren es bereits: die Folgen dieser neoliberalen Entwicklung sind bei uns zu sehen:

Die Arbeit, d.h. für die Mehrheit der Bevölkerung die abhängige Erwerbsarbeit, wurde und wird zunehmend unsicherer, prekariert, wie es neudeutsch heißt, und reicht immer häufiger nicht mehr zum Leben. Befristete Beschäftigungsverhältnisse, Zweit- und Drittjobs, MiniJobs, Teilzeit, Leiharbeit, Hartz IV-Aufstocker und Arbeitslosigkeit kennzeichnen und prägen immer mehr unsere Arbeitsmärkte.

Parallel zur Prekarisierung der Arbeit wurde unser System der sozialen Sicherheit, bislang weitgehend durch unsere Sozialabgaben finanziert, so durchlöchert, dass es in vielen Fällen der großen menschlichen Risiken – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege, Rente - eben keine oder nur noch unzureichende Sicherheit bietet. Volle Absicherung wird heute meist nur noch erreicht, wenn man sich zusätzlichen Schutz über private, kommerzielle Versicherungen einkauft. Die verkorksten Reformen in der GKV (Gesundheitsfonds) oder bei der Rentenreform (Rente mit 67) werden nichts besser sondern alles nur noch schlimmer machen.

Aber durch die erzwungene – Drohung mit Arbeitslosigkeit, mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen usw. – sog. Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer/innen, stehen wir in Europa ganz am Ende der Lohneinkommen. Wir haben generell nur noch ganz geringe nominelle Lohnzuwächse, die aber bei Lichte betrachtet (Inflation) Reallohnsenkungen sind. Gesetzliche Mindestlöhne werden, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung diese unterstützen würden, konnten bislang nicht durchgesetzt werden; lediglich ein paar Branchen mehr kamen ins Arbeitnehmerentendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungsgesetz wurde Ende April novelliert.

Eine Folge davon ist die starke Zunahme der Armut, die immer mehr Gruppen von Menschen (Kinder, Alleinerziehende, alte Menschen) erfasst. Gleichzeitig ist der Reichtum einiger weniger abnorm angewachsen und die Gewinne sind in vielen Bereichen trotz Finanz- und Wirtschaftskrise geradezu explodiert. (Stichworte: zweistellige Gewinne, Managergehälter).

Kollegen, Kolleginnen,

der Krise müssen wir mit allen Mitteln, nicht nur keynsianisch begegnen, sollen nicht noch mehr Menschen um ihre Existenz gebracht werden.

Wenn wir schon aus Steuermitteln in den Finanzsektor frisches Kapital geben sollen, dann nur gegen Eigentumstitel.

Die Verstaatlichung der Banken wäre das einfachste und vernünftigste Mittel – im übrigen nicht nur bei uns. Und wir müssen Dividenden und Boni streichen oder kürzen, Steueroasen (ein friedliches Bild für eine üble Sache, für Steuerhinterziehung), Managergehälter begrenzen.

Sprach- und ideologiekritischer Einschub: Sprache ist verräterisch: gerade jetzt in der Wirtschaftskrise sollten wir sehr genau darauf achten, was uns wie „verkauft“ wird. Immer wenn es besonders blumig und idyllisch wird, heißt es aufgepasst! Sollen wir hier eingelullt werden – Beispiel: Steueroase, Steuerparadies, Rettungsschirm. Auch die Verwendung von Begriffen aus der Natur – Katastrophe, „unkontrollierbare Räume“, „vergiftete“ Papiere usw. - legt gerne nahe, dass wir es eigentlich wie in der Natur mit naturgesetzlichen Prozessen zu tun haben. Aber Kollegen auch hier aufgepasst: all diese krisenhaften Entwicklungen sind von Menschen aus sehr eigennützigen Interessen gemacht worden und müssen auch von ihnen verantwortet werden..

Kurz: die Finanzmärkte und Finanzprodukte müssen endlich reguliert, kontrolliert und im Interesse einer langfristigen nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung politisch gesteuert werden.

Wenn die Firmen nicht mehr investieren, wenn nicht mehr – von Firmen und Verbrauchern gekauft wird, dann muß der Staat versuchen, die Nachfrangelücke zu schließen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Auf den Treffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister, auf dem G-20-Gipfel in London hat man sowohl die Regulierung der Finanzmärkte verabredet als auch Konjunkturprogramme. Dies muß nun umgesetzt werden. Und zwar schnell und beherzt und die Devise heißt hier : klotzen nicht kleckern. Nach unserer Auffassung sind die deutschen Konjunkturpakete zu klein und müssten angesichts des prognostizierten Rückgangs der deutschen Wirtschaft deutlich erhöht werden.

Die Ideologie und Politik des Neoliberalismus, dessen Antriebskräfte Geiz, Gier, Gewinnsucht um jeden Preis sind, hat weltweit Bankrott angemeldet.

Aber, freuen wir uns nicht zu früh: der Kampf gegen die neoliberale Politik zum Nachteil und Schaden der Arbeitnehmer/innen in Europa ist noch lange nicht gewonnen. Auch wenn der hemmungslose Casino-Kapitalismus voll an die Wand gelaufen ist und uns teuer zu stehen kommt, so sind doch allüberall ihre Hauptvertreter und Akteure noch immer oder schon wieder am Wirken.

Wir brauchen uns nur die Expertenkommission anzuschauen, die sich der bayerische Ministerpräsident Seehofer als Beratungsgremium zusammengestellt hat, da sind sie alle miteinander in trauter Eintracht versammelt: vom Hauptideologen des Neoliberalismus, Prof. Dr. Sinn bis hin zum Präsidenten des Instituts der deutschen Wirtschaft, Hüther! Im übrigen stehen fast alle auf der pay-roll der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die von der deutschen Wirtschaft finanziert wird und sie schämen sich nicht! Außerdem, das versteht sich in diesem Zusammenhang von selbst: sind bis auf eine Frau nur Männer und „natürlich“ kein/e einzige/r Vertreter/in des DGB oder der Gewerkschaften in dieser Kommission vertreten!!

Hier werden also von Herrn Seehofer, der sich so gern, als der große Arbeitnehmersverstehler mit dem sozialen Herz darstellt, wie auf der Automobil-Konferenz des bayerischen DGB Anfang des Jahres geschehen, all die Böcke zum Gärtner gemacht, die vorher den Garten der sozialen Marktwirtschaft gründlich verwüstet haben!

Wie sagte schon ein kluger Kopf, Albert Einstein: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Recht hat er, der Herr Einstein.

Kollegen und Kolleginnen,

Obwohl allgemein bekannt ist, dass gut bis bestens ausgebildete Menschen für die Zukunft unserer Gesellschaft, nicht nur der Wirtschaft, unabdingbar sind, ist unser bayerisches Bildungssystem notorisch unterfinanziert, lassen wir Begabungen ungefördert links liegen, leisten wir uns Benachteiligungen und Ausgrenzungen der Kinder von sog. bildungsfernen Schichten, von Kindern mit Migrationshintergrund, ein dreigliedriges Schulsystem, das soziale Auslese betreibt und Vorschub leistet, ein total zersplittertes Bildungssystem in unserem föderalen Staat; gestresste Kinder, überforderte Lehrer/innen, überfüllte Klassen, zu wenig Lehrer/innen usw. usf.

In keinem anderen Land der Bundesrepublik ist die soziale Auslese so scharf wie in Bayern, will heißen, hängen der Schulerfolg und die schulischen Abschlüsse so stark vom Geldbeutel

der Eltern ab. Wer aber ständig auf dem hohen Roß sitzt und durch die Gegend posaunt, wie toll alles in Bayern sei, dass wir ein High-Tech Land und auf dem Weg in die Wissensgesellschaft seien, der sollte sich einmal ohne ideologische Scheuklappen die bayerische Bildungslandschaft anschauen!

Bayern hat im bundesdeutschen Vergleich die niedrigste Abiturientenquote aber die höchste Quote bei den Hauptschulabschlüssen; in Bayern haben Kinder aus Akademikerhaushalten eine zehn Mal so hohe Chance auf ein Gymnasium zu gehen als Kinder aus Facharbeiterfamilien.

Stattdessen setzt man auf der einen Seite trotz frommer Sonntagsreden von den christlichen Werten in unserer Gesellschaft weiter auf soziale Auslese, setzt man weiter auf Elitebildung und lässt sich dabei in einem Ausmaß von der Wirtschaft finanziell und ideologisch unterstützen, dass einem auch vor den Augen noch ganz schwarz wird!

Die Stiftung Bayerischer Bildungspakt mit über 100 Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen und ihren millionenschweren Einlagen ist mittlerweile zu einem zentralen Ratgeber der bayerischen Bildungspolitik geworden, dessen Personal im Bayerischen Kultusministerium ein- und ausgeht. Sicher, mit dem Geld dieser Unternehmen werden auch innovative Modellprojekte unterstützt aber eben auch die Interessen und Ideologie der sog. Wirtschaft unterstützt und transportiert.

Wo, bitteschön, ist eine ähnlich enge und intensive Kooperation mit den Gewerkschaften in Bayern?

Dennoch spielen Bildung und die Probleme der Bildungspolitik in unseren Gewerkschaften – von der GEW einmal abgesehen - eine untergeordnete Rolle. Das muß sich ändern, denn Bildung und Bildungspolitik müssen zur politischen Aufgabe aller Gewerkschaften werden. Auch diejenigen, die es angehen sollte, die eigentlich auf die Barrikaden gehen müssten, weil ihnen zentrale Chancen in unserer Gesellschaft vorenthalten werden, geben sich meist zufrieden mit dem, was man ihnen zubilligt: in ihrer großen Mehrheit einem Hauptschul- oder Realschulabschluß, manchen noch das Gymnasium, wenigen das Studium.

Das heißt, Bildung auf der einen Seite und die sog. Bildungsferne auf der anderen werden jeweils – sozial – vererbt. Man bleibt weitgehend unter sich.

Wenn wir uns für einen Moment vorstellen, dass es eigentlich normal sein müsste, dass sich die Kinder aus Arbeiterfamilien oder aus Akademikerfamilien – um nur diese beiden Gruppen einmal zu nennen - entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung an Gymnasien und v.a. an den Universitäten wiederfinden sollten, dann wird wohl schnell klar, dass wir exakt umgekehrte Verhältnisse haben: in Bayern studieren nämlich nur 17 % der Kinder aus Arbeiterfamilien aber rund 40% aus Akademikerfamilien.

Und: nur etwa 1,5% studieren in Deutschland mit einem anderen Abschluß als der Hochschulreife (Abitur), in anderen Ländern um uns herum (bspw. Schweiz) sind es dagegen zehn bis 15% !!

Deshalb wird es höchste Zeit: lasst uns mit Leidenschaft für eine Ende der sozialen Auslese und Ausgrenzung in unserem Bildungssystem zu kämpfen.

Denn eines muß uns klar sein: für die Rettung maroder Banken und Unternehmen ist die Beschaffung von Milliarden und aber Milliarden Euro offenbar ein Kinderspiel. Denn sie sind ja laut Wirtschaft und Politik „systemrelevant“.

Wir aber sagen, und das muß sich die Politik hinter die Ohren schreiben: nicht die Banken sondern wir und unsere Kinder sind systemrelevant!
Kollegen, Kolleginnen,

Bayern ist ein Land, dessen Wirtschaft und Zukunft von der beruflichen Qualifikation seiner Menschen abhängt. Mehr denn je zuvor entscheidet berufliche Weiterbildung über die Sicherheit eines Arbeitsplatzes und die Möglichkeiten beruflicher Karrieren. Die Teilhabe und die Möglichkeiten des Zuganges zur Weiterbildung sind zu einer sozialen Frage geworden.

Laptop und Lederhose als eine Losung des Freistaates ist bisher eher ein Werbegag, als dass es der Realität entspricht.

Die aktuelle Studie der OECD weist nach, dass die Teilnahmequoten an Weiterbildungsveranstaltungen in Deutschland mit nur 12% deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegt.

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise muß die berufliche Weiterbildung massiv ausgebaut und staatlich gefördert werden. Durch das verlängerte Kurzarbeitergeld ist schon eine Möglichkeit geschaffen worden, ebenso für bestimmte Gruppen (Ältere, Migranten u.ä.) durch das Wegebau-Programm der Bundesagentur.

Aber das reicht nicht.

Wir brauchen dringend staatliche Rahmenbedingungen, die es den einzelnen Arbeitnehmern/innen möglich machen, sich nach ihrem Bedarf weiterzubilden. Appelle an die Einsicht und Vernunft der Wirtschaft und ihrer Unternehmen haben gezeigt, dass diese in den Wind gesprochen waren. Allenfalls haben sich bereits gut- und hochqualifizierte Arbeitnehmer/innen beruflich weitergebildet; diejenigen, die es jedoch am nötigsten gebraucht hätten, waren bei beruflichen Weiterbildungsveranstaltungen kaum vertreten.

Als uns vor kurzem das bayerische Arbeitsministerium eine Rahmenvereinbarung zur beruflichen Weiterbildung zur Zustimmung vorlegte, die aus einer Weiterbildungskampagne nicht viel mehr als Appelle an Freiwilligkeit von Unternehmen und „Eigenverantwortung“ der Arbeitnehmer/innen enthielt, hat der DGB-Bezirksvorstand dies angelehnt.

Der bayerische DGB fordert seit Jahren, jetzt aber noch einmal verstärkt die bayerische Regierung auf:

Schafft endlich ein Weiterbildungsgesetz in Bayern!

Dazu liegen inzwischen zwei Initiativen im Landtag vor, eine kommt von den Grünen und die andere von der SPD. Wir wollen nun versuchen, ob wir gemeinsam da eine Front bilden können, die in eine Richtung zielt.

Kollegen, Kolleginnen,

Die Krise, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ist weder von uns gemacht und verursacht, noch findet sie allein hier bei uns statt. Wir uns gemeinsam zur Wehr setzen, damit wir nicht am Ende die Zeche zahlen müssen.

Und wir haben dieses Jahr genügend Gelegenheiten, uns zu wehren: mit dem Stimmzettel bei den Europa- und den Bundestagswahlen und bei Großdemos am 16. Mai in Berlin und im Herbst.

Seit Jahren wurde ein rücksichtsloser Deregulierungs- und Liberalisierungskurs von der Europäischen Union, insbesondere von der EU-Kommission unter ihrem Präsidenten Barroso nicht nur gestützt sondern vehement gefördert. Nur ein Stichwort: die sog. Lissabonstrategie, im Jahre 2000 verabredet, deren deutsche beflissene Übersetzung durch die damalige rotgrüne Regierung die Agenda 2010 war, war eine der Haupttriebkraft, dass sich die neoliberale Politik in der EU und ihren Mitgliedsstaaten durchsetzen konnte.

Die Lissabon- Strategie beinhaltet, dass alles unternommen wird, damit die Europäische Union bis 2010 zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt wird. Diesem Ziel hatte und hat sich alles andere unterzuordnen. Und dies geschah auch.

Alle angeblichen „Hindernisse“ für die Wirtschaft, insbesondere für die Finanzwirtschaft sollten beseitigt werden, und dies hieß Deregulierung und Liberalisierung auf Teufel komm raus, selbst in Bereichen, die nach unserem Verständnis der Daseinsvorsorge dienen, also das Gesundheitswesen, die Bildung, die Infrastruktur, Verkehr u.ä.m. alles sollte einem gnadenlosen Wettbewerb ausgesetzt werden. Regelungen, die dem Schutz von sozial Schwächeren oder der Allgemeinheit dienen, wurden kurzerhand als „Wettbewerbshemmnisse“ definiert oder als Überbleibsel eines überholten Sozialstaates lächerlich gemacht.

Der Europäische Gerichtshof, der früher oft den Schutzbedürfnissen von Benachteiligten, von Minderheiten zu ihrem Recht verholfen hatte, ist inzwischen zum vorauseilenden Erfüllungsgehilfen des Kapitals mutiert. Seine Urteile im Falle von Viking, Laval, Rüffert u.a. sind eine Kampfansage an die Arbeitnehmer/innen und ihre sozialen Rechte in Europa. In diesen Urteilen wurde nämlich die Tarifautonomie, das Streikrecht, die Tarifverordnungen - nicht nur in Deutschland – mit Füßen getreten. Hier werden sog. Marktfreiheiten, die im Grunde nichts anderes sind Ordnungsinstrumente für den Markt, umgedeutet in Freiheitsregeln, die in Konkurrenz zu Grundrechten treten bzw. , die diese inzwischen relativieren!

Die Freiheit des Marktes ist durch diese Urteile als höchster Wert auf den Hochaltar der europäischen Politik gehoben worden, vor dem alle anderen Werte und Interessen auf die Knie zu gehen haben.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Nun wissen wir alle, denn wir sind nicht naiv, dass die Entwicklung der Europäischen Union von Anfang an keine Wohltätigkeitsveranstaltung war, sondern immer schon handfeste Interessen der weltweit agierenden Wirtschaft vertrat.

Dennoch haben wir als Gewerkschaften auch die soziale Dimension Europas eingefordert. Und in der Tat ist auf diesem Gebiet vor allem Ende des letzten Jahrhunderts einiges erreicht worden: unsere Arbeitsschutzgesetzgebung, unsere Gleichstellungsgesetze für Frauen, Behinderte und andere benachteiligte Gruppen, der Schutz bei Massenentlassungen u.v.a.m. sind nicht auf deutschem Mist gewachsen sondern sind Umsetzungen der europäischen Rahmengesetzgebungen. In den letzten Jahren gab es in der EU dagegen nur bescheidene Fortschritte bei der Leiharbeit, Novellierung der Europäischen Betriebsräterichtlinie, der Dienstleistungsrichtlinie, der Antidiskriminierungsrichtlinien usw.

Uns hat dies alles nie gereicht, aber es waren zumindest Fortschritte zu verzeichnen. Diese sind aber seit knapp einem Jahrzehnt fast völlig zum Erliegen gekommen. Die Barroso-Kommission hat wie keine andere vor ihr nahezu ausschließlich das Geschäft der Wirtschaft betrieben und Arbeitnehmerinteressen sträflich vernachlässigt.

Diejenigen, die sich gegen dieses marktradikale Denken und politische Handeln von Anfang an wandten und auch dagegen kämpften, das waren die Gewerkschaften in Europa, das waren wir, Kollegen und Kolleginnen!

Für Mitte Mai hat uns der Europäische Gewerkschaftsbund zu Protestaktionen in Madrid, Brüssel, Berlin und Prag aufgerufen! Zeigen wir der europäischen Politik, der Kommission und dem Rat, dass wir und unsere Interessen in Europa nicht als „quantité négligable“, als zu „vernachlässigende Größe“ zu behandeln sind, sondern dass wir das Volk sind, dass unsere Interessen im Mittelpunkt der Politik, auch in Europa stehen müssen.

Deshalb: fahrt alle am 16. Mai mit nach Berlin und nehmt auch noch Freunde und Verwandte mit. Wir brauchen dort eine machtvolle Demonstration und nicht ein mickriges Häuflein, das nur ganz am Ende der Tagesschau erwähnt wird!

Am 7. Juni sind die Wahlen zum Europaparlament (EP). Genau 30 Jahre ist es her, dass das EP zum ersten Mal direkt in der EU von uns gewählt worden ist. Damals – 1979 - hatte es noch wenig zu melden, gerne wurden alt gediente Politiker sozusagen ins Austragshäusl nach Europa geschickt. Heute ist das anders. Das EP ist einer der Hauptakteure bei der Europäischen Gesetzgebung, bei der Gestaltung und Verabschiedung des Europäischen Haushaltes neben der EU-Kommission und dem Europäischen Rat. Und es ist von diesen Dreien unser wichtigster Verbündeter.

Kollegen/innen – all diese Institutionen sind nicht Gremien auf irgendeinem fernen Mond, sondern in ihnen sitzen, gewählte oder entsandte deutsche, bayerische Vertreter/innen. Da Deutschland das größte EU-Mitgliedsland ist, hat es in all den Gremien auch ein gewichtiges Wörtchen mitzureden.

Gerade das Europäische Parlament hat sich im Unterschied zur EU-Kommission oder zum Europäischen Rat oder gar zum Europäischen Gerichtshof in den letzten Jahren in allen wichtigen Fragen als zuverlässiger Verbündeter der Arbeitnehmer/innen in der EU erwiesen: bei der Novellierung der Europäischen Betriebsräterichtlinie, bei der Arbeitszeitrichtlinie, bei der Leiharbeitsrichtlinie u.v.a.m.

Überlassen wir nicht kampfflos das europäische Feld den neoliberalen Ideologen und ihren Handlangern!

Zuviel steht auf dem Spiel! Gehen wir alle am 7. Juni 2009 zur Europawahl!

Und – Fortsetzung folgt: im Herbst zur Bundestagswahl!

Kollegen, Kolleginnen,

Wir haben nach der Niederlage des Nationalsozialismus und seiner Terrorregierung eine funktionierende und stabile Demokratie geschaffen und darauf dürfen wir auch stolz sein. Nach 1945 wurden zunächst in den Ländern, auch in Bayern, und später, 1949 auf Bundesebene freiheitliche Verfassungen bzw. das Grundgesetz als Grundlagen für unser Gemeinwesen geschaffen. Verstaatlichungen, Vergesellschaftungen der Grund- und Schlüsselindustrien, die zur Begrenzung des ökonomisch-militärischen Machtkomplexes in den meisten Verfassungen vorgesehen waren, wurden von den alliierten Besatzungsmächten in der Bundesrepublik suspendiert. Heute angesichts der Niederlage des Neoliberalismus' wären etliche dieser Bestimmungen wieder zu überdenken und gfs. zu reaktivieren. Die Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft wurden im Grundgesetz und in der bayerischen Verfassung verankert:

- **Die Würde des Menschen (Artikel 1)**
- **Die Sozialbindung des Eigentums (Artikel 14)**
 - **Das Sozialstaatsprinzip (Artikel 20)**

Diese Artikel in unserer Verfassung sind leider mit der neoliberalen Entwicklung der letzten Jahrzehnte aus dem Blickfeld geraten. Wir sollten sie uns wieder zurückholen und aktiv mit Leben füllen.

Dazu gehört ja auch das bislang funktionierende System der Tarifautonomie; da haben wir gerade den 60. Jahrestag des deutschen Tarifvertragsgesetzes gefeiert. Durch hart erkämpfte tarifvertragliche Erfolge der Gewerkschaften wurden soziale Fortschritte – nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder, sondern für alle Arbeitnehmer /innen erreicht. (Fortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeitverkürzungen, usw.) Leider haben sich in den letzten Jahren immer mehr Arbeitgeber aus der Tarifbindung geschlichen und so erst die extreme Zunahme von Armutslöhnen möglich gemacht. Die Flächentarifverträge müssen deshalb wieder stabilisiert werden, denn sie bedeuten sozialen Frieden, bringen Standortvorteile mit sich und Rechtssicherheit für die arbeitenden Menschen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muß endlich erleichtert werden, um die weitere Ausdehnung tarifvertragsfreier Gebiete zu stoppen. Und natürlich brauchen wir den Mindestlohn, am besten tarifvertraglich aber eben dort, wo es nicht geht, auch gesetzlich.

Sorgen wir für eine vernünftige Neuordnung unseres wirtschaftlichen und sozialen Systems! i

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit kann dazu beitragen, die dafür notwendige Gegenöffentlichkeit so zu verbreitern, dass daraus eine gesellschaftliche Gegenmacht wird, die eine sozial gerechtere Gesellschaft schafft.

Dabei müssen wir versuchen, die betrieblichen Einzelbelange und Interessen zu verknüpfen mit gesellschaftlichen Erfordernissen. Das ist schwer, aber es muß uns gelingen.

Bei diesem Bemühen dürfen wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, weder von außen, noch von wohlmeinenden Reformern aus den eigenen Reihen.

Die Tarifzersplitterung durch neue Spartengewerkschaften bzw. berufsständische Lobbygruppen ist eine Folge der neoliberalen Entwicklung der letzten Jahre, die partikularen Interessen und deren Vertretung Vorschub geleistet hat. Die Gewerkschaftsbewegung hat aber selbst zunehmend Schwierigkeiten, das Auseinandertreiben partikulärer (Einzelgewerkschafts-) interessen zu verhindern.

Im Gegenteil: das was uns als erneute Organisationsreform des DGB in den letzten Monaten serviert wurde, wird mit Sicherheit nicht zur Stärkung der gewerkschaftlichen Einheit beitragen. Die damit verbundene weitere Schwächung des Dachverbandes wird die Gewerkschaftsbewegung und ihre Durchsetzungsfähigkeit insbesondere in der Politik insgesamt schwächen.

Das, Kollegen, Kolleginnen, schadet uns allen, das sollten wir verhindern. Und uns daran erinnern, was die gewerkschaftliche Macht ausmacht:

„Nur gemeinsam sind wir stark!“

Heide Langguth, Stv. Vorsitzende des DGB-Bezirks Bayern
Schwanthalerstraße 64 in 80336 München, Tel.: 089 – 517 00 200/201, fax: 517 00 244;
mobil: 0171 – 275 67 06;
e-mail: heide.langguth@dgb.de; Internet: www.dgb.bayern.de